

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

An Herrn

Lars Lübben
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit,
Senioren und demographischen Wandel

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 180

Antrag „Arbeitssituation der Beschäftigten im Jobcenter der Städteregion Aachen“

Aachen, den 21. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Lübben,

für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographischen Wandel am 08. März 2012 bitten wir um Aufnahme des o.a. Antrags in die Tagesordnung.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Ergebnisse der „[Unabhängigen Kundenzufriedenheitsumfrage](#) bei Beziehern von Leistungen nach SGB II“ (Seite 33 -35) fragen wir in diesem Zusammenhang:

1. Wie viele MitarbeiterInnen sind zum Zeitpunkt des Antrags beim Jobcenter der Städteregion beschäftigt?
2. Gibt es unbesetzte Planstellen und wenn ja, wie viele sind dies?
3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um gegebenenfalls vakante Planstellen zu besetzen?
4. Gibt es MitarbeiterInnen beim Jobcenter mit befristeten Arbeitsverträgen?
5. Werden Überstunden der MitarbeiterInnen erfasst? Wenn ja, wie hoch ist dieses Überstundenvolumen und wie soll es abgebaut werden?
6. Welche Mehrbelastungen bewirken die jüngsten Gesetzesänderungen (Hartz-IV-Regelsatz, Bildungs- und Teilhabepaket etc.) für die Jobcenter-Beschäftigten?
7. Wie viel Arbeitsunfähigkeits-Meldungen (AU-Daten) hat es im Durchschnitt der letzten sechs Monate gegeben?
8. Liegt der Krankenstand damit höher als der Durchschnitt der Beschäftigten der Städteregion?
9. Welche Maßnahmen sind zur Verbesserung der Arbeitssituation im Jobcenter entwickelt und verwirklicht worden? Welche sind für dieses Jahr noch geplant?
10. Ist das Jobcenter Mitglied im Deutschen Netzwerk für betriebliche Gesundheitsförderung?¹ Werden auf der Basis von AU-Daten und Mitarbeiterbefragungen (Belegschaftsbefragung) Gesundheitsberichte erstellt?

Begründung:

Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit von Beschäftigten und Führungskräften. Dabei geht es hier um mehr als nur den "klassischen" Arbeits- und Gesundheitsschutz. Aspekte wie Motivation und Zufriedenheit beeinflussen nachweislich die Ergebnisse, Qualität und letztlich den Erfolg von Verwaltungen/ Behörden enorm.

Die Qualität des Umgangs von Mitarbeiter der Jobcenter mit SGB II-Leistungsberechtigten hat direkten Einfluss auf deren Lebenslage. Für das sensible Gebiet des Sozialen ist die Gesundheit der Beschäftigten besonders bedeutsam. Durch einen präventiv ausgerichteten und systematisch wahrgenommenen Arbeitsschutz ist sie zu erhalten, zu verbessern und zu fördern - ergänzt durch Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung, wie bereits existent für MitarbeiterInnen der Städteregion.

Betriebliche Gesundheitsberichte Arbeitsunfähigkeits-Meldungen (AU-Daten) Mitarbeiterbefragungen (Belegschaftsbefragung) dienen dazu, potentielle Gesundheitsrisiken für die Beschäftigten eines Unternehmens systematisch zu erfassen und darzustellen. Mit Gesundheitsberichten ist es möglich, den Gesundheitsrisiken frühzeitig und zielgerichtet mittels Maßnahmen betrieblicher Gesundheitsförderung entgegen zu wirken. Wenn Gesundheitsberichte in regelmäßigen zeitlichen Abständen erstellt werden, dann können ihre Ergebnisse darüber hinaus auch als Grundlage für die Erfolgsbewertung eines betrieblichen "Gesundheitsmanagements" herangezogen werden.

Die Erstellung eines betrieblichen Gesundheitsberichtes sollte möglichst in ein längerfristig angelegtes Programm betrieblicher Gesundheitsförderung eingebunden sein. In einem derartigen Zusammenhang kann dem Gesundheitsbericht die Funktion eines "Initialzünders" zukommen. Es geht darum, Gesundheit als ein betriebliches Thema zu etablieren, das ebenso selbstverständlich behandelt wird wie die "großen Themen" Leistung, Qualität, Kundenorientierung usw.

Neben dieser sensibilisierenden und mobilisierenden Funktion hat der Gesundheitsbericht eine wichtige steuernde bzw. lenkende Funktion für das betriebliche Gesundheitsmanagement. Erst das Wissen um die Häufung von Gesundheitsbeeinträchtigungen oder Erkrankungen in bestimmten Abteilungen/ Arbeitsbereichen ermöglicht erfahrungsgemäß wirklich gezielte Maßnahmen zum Abbau von Arbeitsbelastungen und Gesundheitsrisiken. Insofern liefert ein betrieblicher Gesundheitsbericht "Daten für Taten".

Wir beantragen schriftliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe F. Löhr
Fraktionsvorsitzender


Marika Jungblut
stv. Fraktionsvorsitzende


Harald Siepmann

1) Das **Deutsche Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung (DNBGF)** geht auf eine Initiative des Europäischen Netzwerks für Betriebliche Gesundheitsförderung ENWHP zurück und wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales BMAS und vom Bundesministerium für Gesundheit BMG unterstützt. Für die Arbeit des DNBGF wurde eine Geschäftsstelle eingerichtet, die vom BKK Bundesverband, der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), dem AOK-Bundesverband und dem Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) im Rahmen der gemeinsamen Initiative Gesundheit und Arbeit (iga) getragen wird. Vor dem Hintergrund einer noch zu geringen Verbreitung von betrieblicher Gesundheitsförderung in Deutschland soll die Kooperation zwischen allen nationalen Akteuren verbessert werden. Diesem Ziel dient das DNBGF

Kopie an:

- Hr. Etschenberg, Städteregionsrat
- Hr. Schabram, Dezernat III
- CDU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- Grüne-Fraktion
- FDP-Fraktion
- UWG-Fraktion
- Hr. Graaf, Geschäftsführer Jobcenter
- Pressestelle

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen

Vorsitzender: Uwe F. Löhr
Fraktionsmitarbeiterin: Annette Frankenberger

Stellv. Vorsitzende: Marika Jungblut

Finanzen: Harald Siepmann
Mitarbeiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Anja Linz